

Bundesdurchschnitt; 2021 liegen zwei unter dem Bundesdurchschnitt.

- Die „traditionellen“ Länder (Typ B) – mit vielen Schularten – haben ihre Exklusionsquote von 2008 bis heute kaum gesenkt, einige sogar vergrößert (Ausreißer NI). Lagen 2008 fünf unter dem Bundesdurchschnitt, sind es 2021 nur noch zwei.
- Die – bis auf SL – signifikant positive Entwicklung in den Ländergruppen Typ A und C schlägt sich in der gesamtdeutschen Entwicklung praktisch nicht nieder. Grund dafür: Die „traditionellen“ Länder (Typ B) sind die sechs bevölkerungsreichsten Bundesländer mit einem Anteil von ca. 73% der Gesamtbevölkerung. Sie bestimmen daher die durchschnittliche Entwicklung der gesamtdeutschen Situation. Das führt zu einem nur geringen Rückgang (0,5%) der Gesamt-Exklusionsquote.

Deutlich vor Augen geführt werden von Klaus Klemm bereits genannte Befunde: die widersprüchliche Entwicklung in den Bundesländern und die enttäuschende, teils kontraproduktive prognostizierte Entwicklung bis 2035. Das sieht finster aus, da heute – außer in sechs meist „kleinen“ Ländern (HH, MV, NI, SN, ST, SH) – praktisch keine Senkung der Exklusionsquote gegenüber 2008 geplant oder erwartet wird, in einigen „großen“ Bundesländern sogar eine Erhöhung. Ohne eine drastische Änderung der Bildungspolitik wird Deutschland sich auch in den kommenden Jahren dem Vorwurf der Vertragsverletzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu Recht ausgesetzt sehen.

#### Quellen .....

<sup>1</sup> <https://ggg-web.de/publikationen/ggg-zeitschrift/2108-die-schule-fuer-alle-2023-3#k-j-tillmann-schulstrukturen-und-strukturenreformen>

<sup>2</sup> <https://ggg-web.de/publikationen/ggg-zeitschrift/2144-die-schule-fuer-alle-2023-4#k-klemm-inklusion-in-deutschlands-schulen-stillstand-und-ruckschritt>

# Initiative Enquete-Kommission

## Gesellschaftliche Inklusion des Deutschen Bundestages

### Anne-Dore Stein

**Der Verein `Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion´ (PogA), der sich 2009 aus dem Kreis der Inklusionsforscher\*innen gegründet hat, fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion des Deutschen Bundestages.**

Eine Enquete-Kommission stellt quasi das Instrument der Legislative, also des Parlaments dar, sich unabhängig von der Exekutive umfassende

Informationen über einen bestimmten Sachkomplex zu verschaffen (§ 56 Geschäftsordnung des Dt. Bundestages).

Bereits 2021 aus dem werkstattkritischen Bereich, März 2022 von Elternorganisationen wie `mit-tendrin Köln´ und `Gemeinsam leben´ in Hessen, Mai 2022 vom Bündnis `Eine für Alle ...´, Juni 2022 von der Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-BRK und im Februar 2023 von der Inklusionsforscher\*innen-Tagung in Zürich eingebracht, soll diese Forderung nun gebündelt an die Bun-

destagsabgeordneten herangetragen werden. Übereinstimmend wurde gefordert, den Ist-Stand zur Umsetzung inklusionsverpflichtender Rechtsnormen zu erheben, die Identifizierung von Ursachen in Bezug auf die vorhandenen strukturellen Barrieren und Inklusionshemmnisse sowie die Bestimmung von auf die Zukunft gerichteten, handlungsorientierten Empfehlungen durch eine vom Bundestag diesbezüglich einzusetzende Enquete-Kommission vorzunehmen.

Eine Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion könnte die überall festzustellenden strukturellen Hindernisse – die sich sozial-gesellschaftlich und damit auch individuell auswirken – aufdecken, identifizieren und als Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung benennen und damit der öffentlichen Diskussion zugänglich machen. Die Arbeit der Kommission soll dazu führen – fast 15 Jahre nach Verabschiedung der UN-BRK – endlich konkrete, politisch verpflichtende Maßnahmen, die sich aus der eingegangenen nationalstaatlichen Verpflichtung (!) ergeben, und die Festlegung von konkreten Strategien zur Umsetzung dieser Menschenrechtskonvention zu formulieren und die notwendigen Schritte einzufordern. Mangelnde Inklusion führt nicht nur in ein erhebliches Demokratiedefizit, sondern verstärkt schon bestehende, bedenkliche Spaltungen der Gesellschaft und bedeutet in gleicher Weise auch für die als nicht behindert geltenden Menschen Defizite ihrer persönlichen Entwicklung, des Gemeinwohls und des Gemeinsinns.

Besonders in Bezug auf die Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung hat die Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle (Concluding Observations Teil III A General principles and obligations, 8b) aktuell eine fundamentale Unterstützung durch den UN-Fachausschuss zur Umsetzung der UN-BRK erhalten. Der

UNCER-PD-Ausschuss hatte in der Anhörung der Bundesregierung Ende August in Genf scharfe Kritik an der unzureichenden Umsetzung der inklusiven Bildung im gesamten Bildungssystem geübt und einen ganzen Katalog von eindringlichen Empfehlungen in den 'Final Conclusions' formuliert, die die Bundesregierung umgehend umsetzen sollte (Teil B Specific rights, Art. 24).

Dem zum endlos wiederholten Male vorgetragenen Argument des KMK-Vertreters, dass nicht der Bund, sondern ausschließlich die Länder in Deutschland für Bildung zuständig seien, entgegneten die zunehmend und sichtlich verärgerten Ausschuss-Mitglieder mit dem allein zutreffenden Hinweis, dass die Bundesregierung – im Übrigen nach dem sog. Lindauer Abkommen nach Zustimmung ALLER (!) Bundesländer – die Konvention unterschrieben und damit die Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, dass die Länder dies umsetzen können. Peinlich für die Bundesregierung, dass die Ausschussmitglieder darauf hinweisen mussten, dass bereits seit Ende 2022 von der Monitoring-Stelle ein Vorschlag vorliegt, einen diesbezüglichen Staatsvertrag ('Pakt für Inklusion') zwischen Bund und Ländern abzuschließen.

Die vom Verein PogA nun gebündelte Forderung nach einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion soll zusammen mit einer Unterschriftenliste im Herbst an die Bundestagsabgeordneten gerichtet werden mit dem Ziel, das dafür notwendige Viertel der Abgeordneten – also 184 – zu überzeugen, sich für die Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission einzusetzen.

**PA** Über die Homepage des Vereins können weitere Unterschriften hinterlegt werden:

► <https://politik-gegen-aussonderung.net/initiative>